

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 3 86 846 pbbn d

Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB zum 70. Geburtstag von
Altbundeskanzler Helmut
Schmidt: Herzliche Glück-
wünsche an einen unverzicht-
baren Ratgeber.

Seite 1

Harald B. Schäfer MdB for-
dert den Bundeskanzler auf,
sein selbstgestecktes Ziel end-
lich zu realisieren: Den Um-
weltschutz im Grundgesetz
verankern.

Seite 3

Hans Werner Loew MdL
verlangt eine Prüfung, ob
sich Privatleute durch Be-
ziehungen zum bayerischen
Ministerpräsidenten eine gol-
dene Nase verdienten: Wg.
„persönliche Kontakte zu
Strauß“.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeord-
nete Freimut Duvé sprach in
Berlin zu „Glasnost-Ost,
Glasnost-West - Überlegungen
zu einer Streitkultur ohne
Selbstgerechtigkeit“.
(Teil II und Schluß)

Seite 5

43. Jahrgang / 243

20. Dezember 1988

Herzliche Glückwünsche an einen unverzichtbaren Ratgeber

Zum 70. Geburtstag von Altbundeskanzler Helmut Schmidt

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Helmut Schmidt gehört zu der Generation, die Nazismus und Krieg erlebt haben. Sein Eintritt in die SPD und in die Politik sind die Konsequenzen eigener Erfahrungen: Die Schrecken der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen.

Wenn heute über Helmut Schmidt geredet und geschrieben wird, dann geschieht das in erster Linie über den Bundeskanzler Helmut Schmidt. Dabei wird oft seine Leistung für seine Partei vergessen.

25 Jahre gehörte er dem Parteivorstand an, davon 15 Jahre als Stellvertretender Parteivorsitzender. Er hat die Wehrverfassung der Bundesrepublik in der Zeit unserer Opposition entscheidend geprägt.

In seiner langen Zeit als Bundestagsabgeordneter war er ein brillanter und gefürchteter Redner und Debattierer. Er hat als Redner der Opposition der Regierung nichts geschenkt und er hat als Minister und Kanzler der Opposition nichts geschenkt.

Die Frage des NATO-Doppelbeschlusses brachte ihn in einen Konflikt mit der Mehrheit seiner eigenen Partei. Heute sagen auch prominente Vertreter der Sowjetunion, daß die damalige Politik der Sowjetführung falsch war. Helmut Schmidt hat darunter gelitten, daß ihm der Regierungswechsel 1982 nicht mehr die Zeit ließ, das heutige Ergebnis auf dem Verhandlungswege ohne Nachrüstung zu erzielen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with minimum ecological
requirements



Während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt stieg das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland weiter an. Das Wort, daß die Bundesrepublik ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg sei, dieses Wort galt nicht mehr. Das hing auch damit zusammen, daß die Bundesrepublik in dieser Zeit mit vergleichbaren Krisen besser fertig wurde als andere.

Helmut Schmidt war in diesen Jahren ein Politiker, der sicher nicht überall in der Welt geliebt wurde, der aber überall respektiert wurde. Er arbeitete weiter am Ausbau Europas. Das Europäische Währungssystem schuf er gemeinsam mit Giscard d'Estaing. Unter seiner Kanzlerschaft wurde aber auch das bis heute noch bedeutungsvollste Abkommen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern abgeschlossen.

In einer krisenhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung hat er seine persönlichen, guten Beziehungen zu den Gewerkschaftern genutzt und hat Unternehmer und Gewerkschafter an einen Tisch gebracht. Trotz der Erdölpreisexplosion gab es Arbeitslosenzahlen wie heute damals nicht.

Es ist verständlich, daß gerade in diesen Tagen viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande an den Verteidigungsminister und den Bundeskanzler Helmut Schmidt zurückdenken.

Helmut Schmidt ist nicht aus der Arbeit und der Politik ausgeschieden. Er ist Mitherausgeber und Verleger der ZEIT. Er wird den Vorsitz einer „Kommission über Finanzströme in die Entwicklungsländer“ führen. Diese Schmidt-Kommission wird Vorschläge erarbeiten und unterbreiten zu einer der größten Herausforderungen unserer Zeit: Der Verstärkung von Finanzströmen in die Entwicklungsländer. Wir wünschen ihm für diese Aufgabe viel Kraft und Erfolg.

Heute übermitteln wir unsere sehr herzlichen Glückwünsche zum 70. Geburtstag.

Wir danken ihm für alles, was er für unsere Partei getan hat. Wir danken ihm für das, was er für unser Land getan hat.

Auf seinen Rat können wir nicht verzichten. Wir wünschen ihm die Kraft und Gesundheit, die uns die Möglichkeit gibt, seinen Rat noch viele Jahre in Anspruch zu nehmen.

(-/20.12.1988/rs/ks)

* * *

Den Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankern

Der Bundeskanzler muß sein selbstgestecktes Ziel endlich realisieren

Von Harald B. Schäfer MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

„Uns allen ist der Schatz der Natur nur auf Zeit anvertraut. Wir sind verpflichtet, sorgsam mit ihm umzugehen, ihn zu schonen und zu pflegen. Das ist auch eine Staatsaufgabe. Deshalb wollen wir den Umweltschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufnehmen.“

So steht es in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. März 1987. Was hat der Bundeskanzler bisher zur Umsetzung dieser Ankündigung unternommen? Nichts! Er hat - was sonst gar nicht seine Art ist - diese Aufgabe den Koalitionsfraktionen überlassen. Was hat der in erster Linie betroffene Bundesumweltminister bisher unternommen, um die Grundgesetzänderung voranzubringen? Ebenfalls nichts! Lediglich der Bundesjustizminister hat am 8. August 1988 einen Kompromißvorschlag vorgelegt, der sich vor allem dadurch auszeichnet, daß er einen sogenannten Gesetzesvorbehalt enthält, gegen den sich Engelhard noch am 10. Juli 1987 im Bundesrat mit guten Gründen ausgesprochen hatte. Bisher ist jedoch weder klar, ob dieser Vorschlag von der gesamten Bundesregierung, noch ob er von den Koalitionsfraktionen getragen wird.

Der Vorsitzende des Umweltausschusses, Herr Dr. Göhner, hat am 26. Oktober 1988 an die Mitglieder des Umweltausschusses einen Beschluß des Umweltausschusses der Evangelischen Kirche in Westfalen übersandt, der eine Formulierung für eine Staatszielbestimmung enthält, die keinen Gesetzgebungsvorbehalt und keine Abwägungsklausel enthält. Herr Dr. Göhner hat seine Übereinstimmung mit diesem Vorschlag deutlich gemacht.

Festzuhalten ist: Die Koalitionsfraktionen haben bisher keinen eigenen Entwurf für eine Staatszielbestimmung eingebracht. Sie sind offenbar nicht fähig, sich auf einen Entwurf zu einigen, der Grundlage für Gespräche mit der SPD zur Erzielung der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes sein könnte. Offenbar wollen maßgebliche Kräfte in der Union das Vorhaben allmählich versanden lassen.

Wenn nicht im 1. Quartal des Jahres 1989 ein Durchbruch gelingt, ist davon auszugehen, daß eine Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird. Die Entscheidungsfähigkeit von Bundesregierung und Koalitionsparteien kann nicht länger hingenommen werden. Ich fordere den Bundeskanzler auf, sich endlich um die Verwirklichung eines Vorhabens zu kümmern, das an erster Stelle der umweltpolitischen Ankündigungen seiner Regierungserklärung steht.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist zu einem konstruktivem Dialog auf der Basis ihres Antrags und der Beschlüsse des Münsteraner Parteitags bereit. Die Initiative muß aber auf jeden Fall von den Regierungsparteien ausgehen.

(-/20.12.1988/rs/ks)

Wg. „persönliche Kontakte zu Strauß“

Die bayerische SPD fordert zu prüfen, ob sich Privatleute durch Beziehungen zum Ministerpräsidenten eine goldene Nase verdienen

Von Hans Werner Loew MdL
Finanzpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Hat der verstorbene Ministerpräsident Franz Josef Strauß den klaren Landtagsbeschluß, die einzige private Spielbank Bayerns in Lindau zu verstaatlichen, nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten? Hat der „persönliche Kontakt der Gesellschafter zu Strauß“ den Konzessionären gar die Pfründe für ein weiteres Jahrzehnt gesichert? War die „direkte Schiene“ zu Strauß auch der erfolgreiche Weg zur Konzessionsverlängerung für die „Internationale Spielbank GmbH & Co KG“? Diese Fragen, die der Geschäftsführer der Lindauer Spielbank, Hartwig Scheepers, jüngst in einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ aufgeworfen hat, müssen jetzt geklärt werden.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wird hierzu parlamentarisch initiativ und die entsprechenden Anfragen an die CSU-Staatsregierung richten. Angeblich will Scheepers bald bei Ministerpräsident Streibl vorsprechen, um eine Verlängerung der Konzession für weitere zehn Jahre zu erhalten. „Dann werden wir mal sehen. Zu Herrn Strauß hatten wir eine direkte Schiene. Die müssen wir jetzt wieder neu aufbauen“, hat der Lindauer Kasino-Chef laut „Süddeutsche Zeitung“ gesagt.

Diese treuherzig-offenen Aussagen des Geschäftsführers Scheepers bestärken die SPD-Landtagsfraktion in ihrer Haltung, jetzt mit den leistungslosen Privatgewinnen der Konzessionäre endgültig Schluß zu machen. Dieses Ärgernis muß bei nächster Gelegenheit aus der Welt geschafft werden. Die Spielbank Lindau ist nach diesen politischen Interventionsversuchen endgültig reif zur Verstaatlichung. Wie erst in dieser Woche Bayerns Oberster Rechnungshof in seinem Jahresbericht festgestellt hat, gehe es nicht länger an, daß sich ein Unternehmer risikolos hohe Gewinne verschaffe. Es ist weiter nicht vertretbar, wenn einzelne mit Hilfe einer staatlichen Konzession eine Einnahmequelle verliehen bekommen, die allen anderen Staatsbürgern verschlossen bleibt. Es muß damit Schluß gemacht werden, daß sich hier Privatleute durch staatliches Monopol goldene Nasen verdienen.

Es darf auch kein Routinefall bleiben, so der zweite Kritikpunkt im Bericht des Obersten Rechnungshofs in Bayern, daß es beim Bau des Flughafens München II so weitergeht, wie es sich offenbar bei der WAA in Wackersdorf entwickelt: Das Parlament soll zähneknirschend alle Jahre Kostensteigerungen von mehreren hundert Millionen Mark hilflos hinnehmen. Mit dieser Verschwendung von Steuermitteln bei der atemberaubenden Kostenexplosion beim Bau des neuen Müncher Airports - Verdoppelung der Projektkosten von 2,4 Milliarden auf nunmehr knapp über fünf Milliarden Mark innerhalb von vier Jahren - darf sich nicht nur der Oberste Rechnungshof befassen, sondern dies muß im Haushalts- und Wirtschaftsausschuß des Landtags behandelt werden.

(-/20.12.1988/rs/ks)

DOKUMENTATION
=====

Freimut Duve: Öffentlichkeit als Ware

(Teil II und Schluß)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve, Vorsitzender des Kulturforums seiner Partei, hielt kürzlich im Rahmen der Städtepartnerschaften Berlin-Zehlendorf/Königswusterhausen in Berlin einen Vortrag unter dem Titel „Glasnost-Ost, Glasnost-West - Überlegungen zu einer Streitkultur ohne Selbstgerechtigkeit“. Daraus dokumentieren wir den Abschnitt „Öffentlichkeit als Ware. Oder: Wie vergiftet ist der Nährboden der Demokratie?“ in zwei Teilen.

Das Wahlkampfteam von George Bush arbeitete mit den Möglichkeiten einer postaufklärerischen Bildiktatur. Sie versucht, die Wahl mit dem Bild eines Mörders zu gewinnen.

Was mich hier interessiert, ist weniger die Perfidie der Leute, die sich so etwas ausdenken, als vielmehr der fehlende Aufschrei, das Nichtvorhandensein von streikwilligen Kameraleuten, Technikern, Journalisten, Ansagern, Mitarbeitern in Werbeagenturen, Kommentarschreibern, Parteimitgliedern et cetera.

Diese Art der Wahlkampfauseinandersetzung ist zwar moralisch gerügt worden, aber es hat keinen wirklichen Aufstand gegeben. Es wurde gesagt, es handele sich um eine der üblichen Methoden, die eben „unter die Gürtellinie“ gehen. Damit hat dieser Vorgang nichts mehr zu tun. Hier wird ein elektronisch mediatisiertes Publikum populistisch auf antiaufklärerische und antidemokratische Grundpositionen umgepolzt:

Es geht um die statistisch faßbare Massenhaftigkeit des Vorgangs, die Millionenzahl von Zuschauern - und Wählern - die sich als Öffentlichkeit deshalb nicht mehr begreifen, weil für sie diese Aussage zu einem intimen Stammtischvorgang reduziert ist - zwischen George Bush und dem Zuschauer zuhause im Kreise der Familie.

Ich möchte ein zweites Beispiel anführen:

Während der kulturpolitischen DDR-Reise der Arbeitsgruppe „Kunst und Kultur“ der SPD-Bundestagsfraktion geschah die irrsinnige Gangster- und Geisterfahrt der Geiselnahmer aus Gladbeck. Voller Entsetzen berichtete mir abends ein Pfarrer, was er bei der laufenden und kontinuierlichen Fernsehberichterstattung empfunden habe. Ich selbst habe erst am Ende der Woche zusammenfassende Darstellungen sehen können. Dieser Leipziger Pfarrer, der sicher ein glühender Anhänger von Glasnost und mehr Meinungsfreiheit ist, war entsetzt über das Medienspektakel.

Wir müssen uns fragen: Was ist in den Köpfen von Menschen geschehen, wenn sie stumme, neugierige, fast heitere Zuschauer von Geiselnahme, Todesnähe und Mord sind? Woher nehme ich als Fernsehzuschauer das Recht, minutenlang Hilflosigkeit und Todesangst im Gesicht einer jungen Frau zu betrachten, nur weil sie und ihr drohender Tod ein öffentliches Ereignis geworden ist? Warum und durch wen erlaubt, wurde Todesangst zur Ware?

Hier scheinen die Medien einen Zustand bewirkt zu haben, in dem die wahre Wirklichkeit weniger wirkliche Erschütterung in uns hervorruft als die Fiktion. Ich behaupte, daß ein Spielfilm, der das Drama erfunden hätte, die Zuschauer tiefer erschüttert hätte, daß sie leichter Tränen der Erschütterung zulassen würden, als wenn der wirkliche Vorgang als Tagesereignis gefilmt wird.

Ich will ein drittes Beispiel nennen:

Vor einigen Jahren gab es eine Überschwemmung in Kolumbien. Ich erinnere, daß aus einem Hubschrauber heraus gefilmt wurde, wie Menschen im Schlamm versinken, wie sie immer wieder ihre Hand hochstrecken und dann schnell verschwinden. Solche Bilder dürfen nicht gesendet werden. Wir müssen die Würde des Todes höher achten als die Vermarktungsrechte und -möglichkeiten des Bildes.

All das hat mit Glasnost zu tun. Das Beispiel von George Bush greift genau jene vier Grundelemente der parlamentarischen Demokratie an, die uns von der Aufklärung vererbt worden sind, wie ich sie am Anfang erläutern habe: die Toleranz für andere Meinungen, der Schutz für Minderheiten, die Möglichkeit zur Umkehr und die Chance, Utopien lebendig zu halten - wäre es nur die „kleine“ Utopie, daß Reformen im Strafvollzug nicht schon dadurch falsch sind, daß es aus tausenden von Wochenendfreigängern nur eine Minderheit gibt, die rückfällig wird.

Ich komme zum Schluß.

Manche werden mir entgegenhalten, daß die hier geschilderten Phänomene der westlichen Medien meilenweit entfernt sind von den Menschen, die um die Freiheit des Wortes in der Sowjetunion oder in der Tschechoslowakei kämpfen. Zugegeben.

Ich selber bin Herausgeber einer politischen Buchreihe, die ohne diese Freiheit des Wortes und ohne den Artikel 5 des Grundgesetzes gar nicht denkbar ist.

Ich möchte davor warnen, daß wir so tun, als sei die freiheitliche Kultur des Wortes, die die Menschen in Osteuropa so sehr ersehnen, ein unbeschädigter, ungefährdeter, geradezu paradiesischer Zustand bei uns. Ich möchte davor warnen, daß wir eine neue „Glasnost-Selbstgerechtigkeit“ entwickeln, die uns blind macht für die substantiellen Gefährdungen der Freiheit bei uns. Es sind andere Gefährdungen als die staatlicher Kontrolle und Willkür. Aber sie gehen möglicherweise ebenso tief und beschädigen im Innersten das, was unsere Kultur ausmacht - genauso, wie ein staatlicher Zensor.

Ich plädiere für eine Ethik der Öffentlichkeit und der Medien, die das Erbe der Aufklärung wahrt - so bewahrt, daß alle, die es bei uns suchen, es einigermaßen unversehrt vorfinden.

{-/20.12.1988/vo-he/rs)

* * *